

# Der Osten bleibt mit seinen Problemen allein

**Zu „Rechtsruck im Osten“ und „Demokratie unter Druck“, Thema: Ostdeutsche haben häufig eine ausländerfeindliche Einstellung**

MZ vom 13. Juli

Nach Ansicht einer Extremismusforscherin steckt die Demokratie in Ostdeutschland in einer Krise. Einer Leipziger Studie zufolge haben 30 Prozent der Befragten aus Sachsen-Anhalt eine ausländerfeindliche

Einstellung. Zwei Drittel der Befragten sind mit der Demokratie im Alltag nicht zufrieden. Mich wundert das überhaupt nicht, denn in der Demokratie der Bundesrepublik werden die Probleme und Sorgen der ostdeutschen Bürger weitgehend nicht beachtet. Ostdeutsche werden nun schon 33 Jahre nach der Herstellung der staatlichen Einheit noch immer schlechter behandelt als Westbundesbürger.

Die DGB-Landeschefin Susanne Wiedemeyer hat als eine Ursache die noch immer niedrigeren Löhne im Osten benannt. Die Ostbeschäftigten werden deshalb später auch niedrigere Renten als die Westbürger bekommen. Aber nicht nur die Beschäftigten, auch die meisten Rentner im Osten fühlen sich als Menschen zweiter Klasse. Seit nunmehr über 30 Jahren werden vielen Rentnern ostdeutscher

Berufsgruppen gesetzmäßig erworbene Rentenansprüche aus der DDR nur teilweise oder gar nicht gewährt. Und jetzt kommt noch das „Inflationsgeld“ von 3.000 Euro für Kanzler, Minister und Beamte. Von einem Inflationsausgleich für Rentner habe ich bisher noch nichts gehört. Das ist die Demokratie, von der die meisten Ostdeutschen enttäuscht sind.

**Dr. Klaus-Dieter Weißenborn, Halle**